

# Die Kommunen setzen auf Widerstand

## Heftige Kritik an rot-grünen Plänen zur Verwaltungsreform

**Kiel – Während SPD und Grüne noch an einer Neuordnung der Verwaltungsstrukturen in Schleswig-Holstein basteln, üben Städte, Kreise und Gemeinden schon den Schulterschluss. Die Spitzenverbände machten gestern klar: Mit einer „Reform von oben“ wird die neue Landesregierung bei den Kommunen auf Granit beißen.**

Von Bodo Stade

Die Grünen haben sich in der jahrelangen Diskussion bisher am weitesten vorgewagt. Sie plädieren dafür, Mini-Kommunen zu großen Amtsgemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern zusammenzufassen und aus den elf Kreisen und vier kreisfreien Städten vier bis fünf Großkreise zu machen.

Das war bisher Theorie. Die Ankündigung aus der großen Koalitionsrunde von SPD und Grünen, dass nun „der große Wurf“ gelingen soll, hat die Vertreter der kommunalen Familie jedoch hellhörig gemacht. „Dann wird es Widerstand aus den Kreisen geben“, kündigte der Vorsitzende des Landkreistages, Johannes Petersen, gestern bei der Vorlage eines Forderungskatalogs an.

Das Modell der Grünen würde seiner Ansicht nach „schon fast auf Bezirksregierungen“ hinauslaufen. Dabei seien die Kreise in Schleswig-Holstein „sehr gut“ aufgestellt. „Bei der

Größe liegen wir bundesweit an dritter und bei der Einwohnerzahl an vierter Stelle.“ Und schließlich: „Man macht aus drei armen Kreisen durch eine Fusion nicht einen reichen.“

Tatsächlich stehen die Kreise finanziell mit dem Rücken zur Wand: Die Verwaltungshaushalte weisen durchschnittliche Defizite von 25 bis 30 Millionen Euro aus. Den kreisfreien Städten geht es nicht besser: Die Gesamtlücke beträgt nach Angaben des Städteverbandes 205 Millionen Euro. Eine angemessene Finanzausstattung der kommunalen Ebene gehört daher zu den Hauptforderungen an eine neue Landesregierung.

Vor allem: Einen Eingriff in die Finanzausgleichsmasse wie in der Vergangenheit „darf es nie wieder geben“, so Petersen.

Um Spielraum zurück zu erlangen, pochen die Kommunen auch auf eine Deregulierung. Eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen machten die Verwaltungsabläufe unnötig kompliziert. „Wir brauchen einen Abbau von Standards und Bürokratie“, erklärte Bürgermeister Volker Dornquast, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages. Mit Blick auf die aktuelle Debatte hat Dornquast einen Reformdruck ganz woanders ausgemacht. Der „große Wurf“ sei



Auf der Heide blüht die letzte Rose...

seiner Ansicht nach nur bei den Landesbehörden möglich. Dort sei das Einsparpotential nach wie vor am größten. Und Petersen ergänzte: Natürlich habe man bereits in der Vergangenheit angeboten, die beim Land liegenden Aufgaben der staatlichen Umweltämter oder der Schulaufsicht zu übernehmen – gegen Erstattung der Kosten.

Auch an anderer Stelle wurde die grundsätzliche Reformbereitschaft bejaht. Kiels Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz wies auf den „starken Willen zur interkommunalen Zusammenarbeit hin“ und nannte als Beispiele eine gemeinsame Rettungsleitstelle oder ein Wohngebiet, das in den Kreis Rendsburg-Eckernförde hineinragt. Petersen betonte, dass insbesondere auf Ämterebene „gute Ansätze“ für Kooperationen und Zusammenschlüsse vorhanden seien. Gesetzlichen Zwang lehnte er aber ab und nahm hier die SPD beim Wort. Die habe immer nur von Reformen auf freiwilliger Basis gesprochen.

Rot-Grün sollte sich „nicht verkämpfen“, warnte schließlich Hans-Christian Erps, Geschäftsführer des Landkreistages. Veränderungen im Bereich der Schule und der Kinderbetreuung seien nur im Zusammenspiel zwischen Land und Kommunen möglich. Setze Rot-Grün auf Druck von oben „werden wir erleben, dass wir uns zwei bis drei Jahre mit einer Gebietsreform auseinandersetzen und die Zeit für andere Vorhaben nicht mehr reicht“.

KN, 4.03.05